

Anmerkungen zur EKD-Friedensdenkschrift 2025

von Markus Weingardt

1. | Die große Schwäche der FD [Friedensdenkschrift] offenbart sich erst auf den zweiten, dritten Blick.

- Sie besteht darin, dass sie der Gewaltlosigkeit nicht traut.
- Sie traut ihr nichts zu (jedenfalls nicht viel).
- Sie vertraut ihr nicht (jedenfalls nicht wirklich).

Das ist ebenso erschreckend wie traurig wie folgenreich.

2. | Theologisch ist das problematisch, denn indem die Idee und Praxis der Gewaltlosigkeit relativiert und marginalisiert wird, wird zugleich jener marginalisiert, der die Idee und Praxis der Gewaltlosigkeit lehrte und lebte, Jesus selbst. Was eingangs noch als erste „Grundüberzeugung des christlichen Glaubens“ betont wird – der „vollständige Verzicht auf Gewalt“ (S. 20) –, wird damit de facto über Bord geworfen, als sei dies zwar eine schöne Idee, aber in einer „unerlösten Welt“ ethisch nicht haltbar und (sicherheits-)politisch unbrauchbar, nachgerade unverantwortlich.

Das ist eine Zäsur. Es ist die – freilich nicht ausdrückliche, aber faktische – Abkehr von der Idee der Gewaltlosigkeit als einer realen Handlungsoption in der realen politischen Gegenwart. Wenn aber Gewaltlosigkeit ins Reich des Surrealen, ins Reich der Träume und Wünsche verschoben wird, verliert sie alle Kraft und Relevanz.

3. | Ethisch ist das problematisch, weil damit allzu sehr der Gewalt als Mittel der Konfliktbearbeitung das (kirchliche) Wort geredet und das (politische) Feld überlassen wird: Zwar mit Bedauern, aber – in einer „unerlösten Welt“ – angeblich leider unvermeidlich.

Das ist keine „Orientierungshilfe“ sondern eine Bestätigung und Verstärkung der national und global zu beobachtenden Entwicklungen.

4. | Politisch ist das problematisch, weil die FD die unbestreitbaren Erfolge der Gewaltlosigkeit (auch) im politischen Raum ignoriert, mindestens kleinredet. Dass die FD behauptet, die Erfolgsaussichten gewaltfreien Widerstandes seien bei der Abwehr gegen eine Besatzungsmacht „empirisch kaum zu belegen“ (17), widerspricht diametral dem aktuellen Forschungsstand. Wäre dieser zur Kenntnis genommen worden, dann hätte dies den

Grundtenor der FD grundsätzlich verändern müssen. Dass diese Forschungsergebnisse in einem mehrjährigen Redaktionsprozess inkl. vier Konsultationstagen nicht zur Kenntnis oder nicht ernst genommen wurden, ist mindestens irritierend.¹

5. | Da der Kraft der Gewaltlosigkeit als realer Option der Konfliktbearbeitung (auch) in hocheskalierten Konflikten aber nichts zugetraut wird, wählt die FD den Ausweg, die Anwendung von Gewalt ethisch zu legitimieren. Der „Primat des Gewaltverzichts“ wird zwar wenige Male gewürdigt, de facto unterwirft sich die FD aber dem Primat der Sicherheitslogik und folgt derselben konsequent.

6. | Darum ist die FD zunächst sehr bemüht, ausführlich zu erläutern, dass die vorrangige Aufgabe der „Schutz vor Gewalt“ sei, auch als Voraussetzung und wichtigster Aspekt eines „gerechten Friedens“, wie die FD postuliert. Ganz im Sinne der Sicherheitslogik wird „Schutz vor Gewalt“ als wertvollstes Gut schlechthin präsentiert.

Im zweiten, nur noch kleinen Schritt, wird dann die „Androhung und Anwendung von Gewalt“ (13) im Sinne dieses Schutzes vor Gewalt ethisch gerechtfertigt: als „mitunter unvermeidbar“ (183), ethisch geboten (155, 159) oder sogar als Akt der Nächstenliebe (163) – freilich „allein als rechtserhaltende Gewalt“ (S. 19; 33) und als „ultima ratio“ (u. a. S. 19). Wer auch dies akzeptiert hat, erfährt dann im dritten Schritt, dass hohe und höhere Verteidigungsausgaben notwendig seien und die Wehrpflicht zu unterstützen sei. Dabei sei der Dienst mit der Waffe zwar weder besser noch schlechter als ein ziviler Dienst, aber die Sonderstellung des „Schutzes von Gewalt“ lege dann eben doch eine „Priorisierung für den Dienst in der Bundeswehr unmittelbar nahe“ (169). Mehr noch: „Soldatinnen und Soldaten (dienen) dem Gerechten Frieden“ (173).

7. | In diesem Zusammenhang argumentiert die FD denn auch, dass Atomwaffen zwar „in keiner Weise ethisch zu legitimieren“ seien und „in ethischer Perspektive der Besitz, die Drohung mit und der Einsatz von Atomwaffen abzulehnen“ seien (144), doch ihr Besitz könne „trotzdem politisch notwendig“ sein (S. 15, Pkt. 6), und in Extremfällen sei auch der Einsatz von Atomwaffen zwar „nicht

erlaubt, sondern nur nicht ausnahmslos verboten“ (ebd.), ebenso sei ein Verzicht auf Atomwaffen aktuell „kaum politisch zu vertreten“ (145). Das sind bemerkenswerte argumentative Verrenkungen zumal in einer Schrift, die beansprucht, „ethische Orientierungshilfe“ zu geben und nicht sicherheitspolitischen Nachhilfeunterricht.

8. | Die starke Hervorhebung des Schutzes vor Gewalt und der daraus abgeleiteten ethischen Legitimierung von (Gegen-)Gewalt offenbart einen weiteren Denkfehler:

Vor der Verletzung durch Gewalt kommt der Ausbruch von Gewalt. Die Bedrohung von Leib und Leben durch Gewalt ist die Folge, ursächlich dafür ist die gewaltsame Eskalation. Insofern wäre der beste Schutz vor Gewalt und müsste also das vorrangige Anliegen der FD sein, Maßnahmen zu benennen und zu fordern, um den Ausbruch von Gewalt zu verhindern. Stattdessen findet sich die FD – Stichwort „unerlöste Welt“ – mit der Gewalt ab und fordert nurmehr, sich gegen die Folgen der Gewalt zu wappnen, insbesondere durch den Ausbau der mutmaßlich (!) abschreckenden Kapazitäten zur Gegengewalt. Das erinnert an Diskussionen über den Klimawandel: Gilt es nicht zuvörderst, die Ursachen desselben zu bekämpfen, statt sich resignierend auf die schlimmen Folgen „einstellen“ oder „vorbereiten“ zu wollen?

Die FD argumentiert aber rein reaktiv: Verteidigen und dagegenhalten – statt vorzubeugen, statt präventiv und proaktiv die Bedrohung zu verhindern, die Eskalation zu verhindern. Krisenprävention, Friedenbildung oder gewaltloser Widerstand finden zwar ganz gelegentliche Erwähnung, aber so nachrangig und geringschätzend in Halb- und Nachsätzen, dass dies nicht einmal als Feigenblatt taugt, um die argumentative Blöße der FD hinsichtlich Gewalt- und Eskalationsprävention zu verbergen.

9. | Ohne es explizit zu benennen, werden implizit auch die zweite und dritte in der FD formulierte „Grundüberzeugung des christlichen Glaubens“ der Real- oder Sicherheitspolitik, wie sie von den FD-Verantwortlichen verstanden wird, hintangestellt: das Gebot der Nächsten- und Feindesliebe und dass jeder Mensch „ein gleichberechtigtes Geschöpf Gottes“ sei (S. 20). Wie der Gewaltverzicht werden sie als ethisch zwar wichtig gewürdigt, aber als Grundhaltung politischen Denkens und Handelns an keiner Stelle ernsthaft in Erwägung gezogen.

10. | So bleibt als argumentativ tragende Grundüberzeugung der FD am Ende nur die These von der „unerlösten Welt“. So nichtssagend diese These (zumal für Nicht-Theolog*innen) auch ist, auf ihr baut letztlich die gesamte ethische Gewaltlegitimation der FD auf. Das ist theologisch wie ethisch ebenso traurig wie schwach. Ein einziger verbleibender Grundpfeiler ist keine tragfähige Konstruktion. Und die Rede von der „unerlösten Welt“ darf weder gegen die Friedenshoffnung (vgl. S. 19) noch als allzu billige Ausrede für vermeintlich notwendige (Gegen-)Gewalt bemüht werden.

11. | Die Verantwortlichen der FD waren offenkundig bemüht, dass die FD „anschlussfähig“ und „wirklichkeitsge-

sättigt“ sei, wie man so sagt. Von Politikern, Militärs und Journalisten wird folglich gelobt, dass die Kirche nun „in der Realität angekommen“ sei.² Das wird als Kompliment und Erfolg betrachtet, manche sind stolz darauf. Doch die FD bleibt in der von ihr so verstandenen Realität stecken. Sie formuliert keine einzige originäre Idee, die über diese von ihr beschriebene „unerlöste“ Realität hinausführt. Die vollmundig angekündigte „Orientierungshilfe“ erschöpft sich in einem einzigen großen „Ja, aber ...“: „Ja, Gewaltlosigkeit ist im Prinzip ganz prima, aber ... geht jetzt gerade nicht anders als mit Gewalt. Ja, Feindesliebe, im Prinzip vielleicht gute Idee, aber dieser Feind ist ganz besonders feindlich. Ja, gewaltloser Widerstand, wäre schön, aber funktioniert eben nicht. Echt schade.“ Soweit, so banal, nur etwas aktualisiert und verklausuliert. So ist es seit Jahrhunderten zu hören, selbst ein überzeugter Belizist würde dem nicht widersprechen.

Brauche ich aber eine FD, brauche ich eine Kirche, um mir das heute zu sagen?

12. | Die FD macht keinen praktischen Vorschlag und erhebt keine konkrete Forderung, dass und wie anders als mit Gewalt und Gegengewalt Frieden in dieser Welt geschaffen werden könnte. Selbst Diplomatie, Abrüstung und sogar die Ächtung von Atomwaffen bleiben für die FD theoretisches Wunschdenken für eine ferne Zukunft: Nicht ganz falsch, aber „gegenwärtig“ nicht verantwortlich, denn es regiert die Sprache und Logik der Gewalt und der Sicherheit. Das nimmt die FD als gegeben hin in dieser „unerlösten Welt“.

Auch nennt die FD keine konkreten friedensstiftenden Schritte, welche die Kirche selbst gehen oder fördern sollte. Sie übernimmt keine konsequente politische Mitverantwortung für den Frieden und schiebt christliche Pazifist*innen aller Zeiten kurzerhand auf das theologische, ethische und realpolitische Abstellgleis – akzeptiert als Mahnerinnen oder individuelle Frömmeler, aber ethisch wie politisch nicht ernst zu nehmen.

13. | „Unerlöste Welt“ hin oder her: Wer den Glauben an die Kraft der Gewaltlosigkeit aufgegeben hat, was bleibt dem noch? Hoffnungslosigkeit, Resignation? Der Glaube an den „Mythos von der erlösenden Gewalt“? (Walter Wink)

Wenn Kirche in diesen Zeiten, in einer „Welt in Unordnung“ nicht anderes, nicht mehr zu sagen hat, als diese FD, dann hat sie nichts mehr zu sagen. Sie macht sich überflüssig.

Anmerkungen

¹ Vgl. beispielsweise die Forschungsergebnisse der Harvard-Professorin Erica Chenoweth und ihrer Mitautorin Maria J. Stephan in deren Grundlagenwerk „Warum ziviler Widerstand funktioniert“ (Nomos 2024).

² Vgl. <https://www.deutschlandfunk.de/kommentar-zur-evangelischen-friedensdenkschrift-in-der-realitaet-angekommen-100.html>.

Buchhinweis

Die Evangelische Kirche in Deutschland hat Anfang November 2025 der Öffentlichkeit eine Denkschrift über Krieg und Frieden präsentiert, die sich recht stramm hinter die Zeitenwende stellt. Insbesondere auch die geforderte „nukleare Neuorientierung“ sorgte für große Empörung.

Dagegen erschien nun eine „Umdenkschrift zum Evangelischen Diskurs über Krieg und Frieden“, die von Peter Bürger herausgegeben wurde und der auch der hier abgedruckte Artikel von Marcus Weingardt entnommen wurde. Sie versammelt 35 Beiträge zum neuen militärnahen EKD-Kurs aus einem breiten Spektrum: kirchlichen Initiativen, Publizistik, Friedensbewegung, Wissenschaft und christlicher Basis.

Das Buch ist als Printversion hier erhältlich (300S/12,99 Euro), es gibt aber auch eine freie Digitalfassung des Bandes ohne Illustrationen, die auch im Internet gratis abrufbar ist.

